

# Vresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Verlagsdruckerei: Vresdner Nachrichten  
Verleger: Vresdner Nachrichten  
Redaktion: Vresdner Nachrichten

Verlagsdruckerei: Vresdner Nachrichten  
Verleger: Vresdner Nachrichten  
Redaktion: Vresdner Nachrichten

Verlagsdruckerei: Vresdner Nachrichten  
Verleger: Vresdner Nachrichten  
Redaktion: Vresdner Nachrichten

## Hitler empfiehlt ein Präsidialkabinett

### Ablehnung des parlamentarischen Weges

### Ein zweckloser Einschüchterungsversuch

Drahtmeldung unserer Berliner Schriftleitung

Berlin, 23. Nov. Mit zwei offiziellen Verlautbarungen, einer nationalsozialistischen und einer aus dem Reichspräsidentenpalais, eilt die Regierungskrise nunmehr der großen Entscheidung zu. Am Mittwochnachmittag 6.30 Uhr wurde die zunächst für den Vormittag, dann für die frühen Nachmittagsstunden angekündigte endgültige Stellungnahme Hitlers zum Austrage des Reichspräsidenten dem Staatssekretär Dr. Meißner übermitteln, nachdem ausführliche Besprechungen Hitlers mit seinen Unterführern vorangegangen waren. Viel bemerkt wurde in diesen entscheidenden Stunden das unerwartete Erscheinen des früheren Reichsbankpräsidenten Dr. Schacht im Kaiserhof. Die Pressemeldungen, daß der Herr von Schacht-Roburgh-Wolka heute oder gestern beim Reichspräsidenten vorgesprochen habe, wird in diesem Zusammenhang als unzutreffend bezeichnet.

Angesichts der trostlosen Lage unseres Vaterlandes, der immer helgenden Not und der Verpflichtung, für jeden einzelnen Deutschen sein bestes zu tun, damit Volk und Reich nicht im Chaos verfallen, hat Adolf Hitler dem Herrn Reichspräsidenten einen klar umrissenen Vorschlag unterbreitet, durch den in kürzester, ligierter Frist die Regierungskrise gelöst werden kann. Der Vorschlag schließt mit dem Vorschreiben Adolf Hitlers, bei seiner Annahme sowohl seine Person als auch seine ganze Bewegung für die Lösung der Regierungskrise und damit für die Errettung des Vaterlandes einzusetzen.

Es ist ab und zu gut, einen Blick auf den Marxismus zu werfen. Wenn er auch auf absehbare Zeit von jedem Einfluß in Reich und Ländern ausgeschaltet ist, so ist es bei seiner allernmöglichen Stärke doch wichtig, seine politische Taktik und Strategie genau zu beachten, damit rechtzeitig von nationaler Seite die Maßnahmen getroffen werden, die erforderlich sind, um ihn in seiner gegenwärtigen Einflußlosigkeit zu erhalten. Als das Kabinett v. Papen zurücktrat, hat namentlich die Sozialdemokratie ein Triumphgeheul angestimmt, das in recht kühnem Gegensatz zu den realen Tatsachen stand. Man tat durch mehrere Tage in sämtlichen Parteibüros und Redaktionsstuben so, als sei es den jähren Angriffen der Sozialdemokratie zu verdanken, daß das „Kabinett der Barone“ habe weichen müssen. Jedoch überließ man mit erhabener Großmütigkeit zunächst völlig die Folgen, die für die Sozialdemokratie alles andere als erfreulich sein mußten. Denn welches auch das Ergebnis der Regierungsverhandlungen sein mag, das eine recht leicht schon unverrückbar fest, daß eine Persönlichkeitskrise des Staatsruders ergreifen wird, die gegen die Sozialdemokratie bestimmt nicht weniger scharf eingeleitet ist, als der zurückgetretene Reichsfinanzminister. Selbst wenn Zentrum und Bayerische Volkspartei ihren sozialdemokratischen Freunden in dieser Hinsicht eine gewisse Hilfsleistung zu leisten bereit sein sollten, so würde das nur zur Folge haben, die Darzburger Front, die erfreulicherweise heute wieder in allen nationalen Gliederungen als das wertvollste Instrument nationalpolitischer Nachtwillens anerkannt wird, um so sicherer zum allein entscheidenden Faktor in Deutschland zu machen. Es könnte also leicht ein Bärendienst sein, den das Zentrum seinen marxistischen Freunden erweisen würde. Einmal würde das Zentrum sich selbst entmachten, wenn es jetzt noch mit der Sozialdemokratie liebäugeln wollte. Zum anderen aber würde die Sozialdemokratie unter einem Präsidialkabinett, das sich auf die Darzburger Front stützt, sicher weit schlechtere Geschäfte als etwa unter einer parlamentarischen Rechtskoalition machen, zu der das Zentrum nötig ist, schlechtere Geschäfte auch als unter der zurückgetretenen Regierung Papen.

Kurz nach Ueberreichung des Antwortschreibens durch den Reichspräsidenten Göring im Reichspräsidentenpalais erschien folgende parteiamtliche Mitteilung der NSDAP:

Der Eingang wurde vom Reichspräsidentenpalais eine reichliche Stunde später mit folgender amtlicher Verlautbarung quittiert:

Die Antwort Adolf Hitlers auf das gestrige Schreiben des Staatssekretärs Meißner wurde heute 6.30 Uhr nachmittags durch den Reichspräsidenten Göring dem Staatssekretär Meißner übergeben. Der 7 1/2 Seiten umfassende Brief enthält mit ausführlicher Begründung die Erklärung, daß Herr Hitler dem vom Herrn Reichspräsidenten an ihn gerichteten Ersuchen, festzusetzen, ob und unter welchen Bedingungen er eine sichere, arbeitsfähige Mehrheit mit festem, einheitlichem Arbeitsprogramm für eine von ihm geführte Regierung finden würde, nicht entsprechen könne. Mit dieser Abgabe verbindet Herr Hitler einen Gegenvorschlag, der zur Zeit dem Herrn Reichspräsidenten zur Prüfung vorliegt.

Die Antwort Hitlers bringt unter eingehender Begründung zum Ausdruck, daß Hitler den vom Reichspräsidenten übergebenen Auftrag einer rein parlamentarischen Lösung der Regierungskrise nicht übernehmen könne, weil er in Verbindung mit den gemachten Vorbehalten innerlich undurchführbar sei.

## Die Verhandlungen gehen mündlich weiter

Die Mitteilung im nationalsozialistischen Kommuniqué, daß der Auftrag des Reichspräsidenten in Verbindung mit den gemachten Vorbehalten innerlich undurchführbar sei, hat in Kreisen um den Reichspräsidenten, wie wir erfahren, erhebliches Versehen mit, da aus ihm — ob zu Recht oder Unrecht sei dahingestellt —

Parteien sich zu einer Mehrheit für dieses Programm zusammenfinden, so soll Hindenburg dann die Durchführung des Programms mit seiner präsidialen Autorität decken. Treffen diese Mitteilungen zu, dann ließe der Hitlerische Gegenvorschlag praktisch darauf hinaus.

der Reichspräsident möge den Führer der NSDAP zum Chef eines von seinem Herrtragen getragenen durchgreifenden Präsidialkabinetts ernennen.

Es scheint jedoch nicht, daß der Reichspräsident diesen Weg einzuschlagen wünscht, zumal er wiederholt wohl auch den Führer der NSDAP hat wissen lassen, daß es nicht in der Linie seiner Absichten liegt, ein eventuelles notwendig werdendes Präsidialkabinett in die Hände irgendeines Parteiführers zu legen. Stimmungsmaßstäbe zu sagen, daß die Aussichten für eine Einigung zur Zeit pessimistischer denn je beurteilt werden. Es gibt Kreise, die der Meinung sind, daß die dreitägigen Bemühungen, über Hitler eine nationale Konzentration nach den Wünschen des Reichspräsidenten herbeizuführen, bereits jetzt als gescheitert angesehen werden müßten. Verstärkt wird dieser Eindruck noch dadurch, daß man offensichtlich seitens des Reichspräsidenten nicht den Wunsch hat, den Briefwechsel der letzten Tage noch weiter fortzuführen. Auch geht aus der amtlichen Mitteilung hervor, daß man im Reichspräsidentenpalais Hitlers Schreiben als Abgabe im Hinblick auf den gegebenen Auftrag betrachtet.

Die Freunde der Sozialdemokratie über den Abgang Papens war demgemäß auch nur von kurzer Dauer. Heute verrät der kommunistische Winkelblättern erinnernde Ton der sozialdemokratischen Kommentare zu den Berliner Regierungsverhandlungen bereits das deutliche Bestreben, die aufkommende Angst und Sorge recht laut zu überschreien. Man kann nicht mehr leugnen, daß man ausgeschaltet ist und ausgeschaltet bleiben wird, ja, daß die politische Rolle der Sozialdemokratie auf noch gar nicht absehbare Zeit vorbei ist. Welch eine Wendung innerhalb von vierzehn Jahren! Nachdem der damalige Reichsfinanzminister Prins Max von Baden am 9. November das Reichsfinanzamt dem Vorsitzenden der SPD, Ebert übertrug und dieser aus drei Mitgliedern seiner Partei und drei unabhängigen seine Regierung, den Rat der Volksbeauftragten, gebildet hatte, war unseufzbar der volle Besitz der staatlichen Macht der Sozialdemokratie ausgefallen. Der die ersten Aufreife der neuen Macht haben von damals heute wieder liegt: „Seit dem 9. November ist Deutschland sozialistische Republik.“ Grundlage dieser Regierung ist, daß die gesamte gesellschaftliche, ausführende, verwaltende und richterliche Gewalt ausschließlich in den Händen der Vertreter der Arbeiter und Soldaten ruht, und damit die Ergebnisse der Entwicklung bis zur heutigen völligen Machtlosigkeit der SPD, verlor, der kann verstehen, daß die Führer gegenwärtig sich um die Beschäftigung ihrer revoltierenden Anhänger mit Leibeshäuten bemühen müssen. Es wirkt geradezu belustigend, wenn jetzt die sozialdemokratischen Führer ihren Anhängern immer wieder, wenige Tage nach dem Rücktritt Papens, die beschwörende Versicherung geben, daß die Sozialdemokratie wiederkehren werde, daß die Staatsposten wieder eingenommen und der sozialistische Futurismus schließlich doch noch entstehen werde. Aber alle noch so zuversichtlich klingenden Worte und selbst das Wiederleben radikaler, aus dem kommunistischen Wortschatz stammender Phrasen vermögen die Unzufriedenheit der breiteren Wählermassen nicht zu heilen. Seit dem Sturz Brüning vor einem halben Jahr steht die Sozialdemokratie in beständiger Opposition, die von jeder ihr Gesundbrunnen war. Diesmal verfährt der Erholungsurlaub nicht mehr. Die Sozialdemokratie geht von Wahl zu Wahl zurück. Sogar bei unseren höchsten Gemeindevätern und bei den Lübecker Bürgerwahlen hatte die Partei gegenüber der Reichstagswahl neue Verluste zu verzeichnen, die sogar den Rückgang der Wahlbeteiligung hinausgingen. Es ist ein schlechter Trost, wenn die Sozialdemokraten jetzt nachträglich feststellen, daß ihre Verluste keine Schwächung des Gesamtmarxismus bedeuten, weil die Kommunisten ja das gewonnen hätten, was sie einbüßten. Auch die Taktik, die die SPD im Gefolge dieses Abgleitens ihrer Wähler einschlägt, scheint ihr selbst nicht zu bekommen. Je mehr sich ihre Wählerkraft radikalisiert, um so radikaler würde auch die Sprache der Parteiführung. Man hat die Parole der Kom-

der gegen den Reichspräsidenten gerichtete Vorwurf herausgehoben wird, Hindenburg habe von vornherein Hitler mit einem undurchführbaren Auftrag betraut.

Was die Vorbehalte anlangt, so wird im Zusammenhang jetzt auch offenkundig klar, welcher Art sie gewesen sind. Sie betrafen sich im wesentlichen mit den von uns am Dienstagmorgen wiedergegebenen Mitteilungen, daß ein Wirtschaftsprogramm des Reichspräsidenten, das die Zukunft der Wirtschaft, die Dualismus zwischen Reich und Preußen verlangt, außerdem die Forderung, daß keine Abschaffung des Artikels 48 der Reichsverfassung erfolgen werde, und schließlich daß sich der Reichspräsident vorbehalten, wie in der Verfassung vorgesehen, die Liste der Minister zu bestätigen, was sich insbesondere auf Reichswehr und Reichsaußenministerium bezieht. Mit Nachdruck wird nun darauf verwiesen, daß diese Vorbehalte den Hitler erteilten Auftrag durchaus nicht „innerlich undurchführbar“ machten. Sie seien bei den Einzelpunkten beim Reichspräsidenten den Parteiführern samt und sonderb vorgehalten worden, wobei die Parteiführer, einschließlich Hitlers, die Erklärung abgegeben hätten, daß diese Bedingungen annehmbar seien.

Damit ist die Entscheidung wieder in die Hände des Reichspräsidenten gelegt, und man erwartet eine abschließende Stellungnahme zur ersten Phase der Regierungskrise möglicherweise bereits in den Donnerstagsvormittagsstunden, wobei es nicht ausgeschlossen scheint, daß Hindenburg, zum mindesten Meißner, noch eine persönliche Rücksprache mit Hitler haben wird.

### Ergebenheitserklärung für Hitler

Berlin, 23. Nov. Die Abg. Fria, Gaeßels, Göring, Röhm und Straker haben am Mittwoch die folgende Erklärung an Adolf Hitler überreicht: „Wie seit Bestehen der NSDAP, besonders in politisch erregten Zeiten öffentlich, der gegnerische Presse auch jetzt wieder in verschiedenartiger Aufmachung aus der Luft gegriffene Zwedmeldungen über angebliche Unstimmigkeiten innerhalb der nationalsozialistischen Führerschaft. Um diesem in seiner Absicht leicht erkennbaren Wunschbild der Gegner Rechnung tragenden Geschwätz ein für allemal ein Ende zu machen, erklären die Unterzeichneten, einzig in unerschütterlicher Gesetzmäßigkeit zum Führer der Bewegung, daß sie es für unter ihrer Würde halten, in irgendeiner Form auf solche Dingen künftighin noch einmal einzugehen.“

### Ausprache Hitler-Dugenberg?

Drahtmeldung unserer Berliner Schriftleitung  
Berlin, 23. November. In den späteren Abendstunden des Mittwochs waren in politischen Kreisen Gerüchte über eine bevorstehende Ausprache zwischen Adolf Hitler und Geheimrat Dugenberg verbreitet. Authentisches darüber ist jedoch von keiner Seite zu erfahren. Man rechnet damit, daß die Ausprache im Laufe des Donnerstags zustande kommt.

Es sei weiter unverständlich, so erklärt man, daß offenbar den Nationalsozialisten Hindenburgs Forderungen nach einem einheitlichen Arbeits- und Wirtschaftsprogramm zu weit gegangen sein könnten. Außerdem hören wir, daß Hitler bei seiner Ausprache mit dem Reichspräsidenten die Möglichkeit einer parlamentarischen Mehrheitsbildung nicht nur nicht verneint, sondern, wie wir von anderer Seite hören, sogar ausdrücklich bejaht haben soll.

anderer Seite hören, sogar ausdrücklich bejaht haben soll. Hindenburgs Auftrag, so meint man in der Umgebung des Reichspräsidenten, sei daher nichts anderes als die direkte Fortsetzung des Gesprächs zwischen Hitler und ihm gewesen. Sollten sich diese Informationen bewahrheiten — sicherlich werden sich sowohl der Reichspräsident als auch der Führer der NSDAP, darüber noch äußern —, dann dürfte besonders die Erklärung, daß angeblich Hitler wie auch die anderen von Hindenburg empfangenen Parteiführer sich mit den Bedingungen des Reichspräsidenten bereits einverstanden gezeigt hätte, in dem nun sicherlich einleitenden sehr lebhaften Meinungskampf der Öffentlichkeit eine erhebliche Rolle spielen.

### Was nun den Vorschlag Hitlers angeht,

den er heute dem Reichspräsidenten hat wissen lassen, so liegen amtliche Auskünfte darüber nicht vor. Auf Wunsch der Nationalsozialisten, die die strengste Vertraulichkeit für alle Phasen der Regierungskrise vom Reichspräsidenten erbeten hatten, wird auch weiterhin darüber Enthüllungen gewahrt. Von anderer Seite ist allerdings bereits einiges durchgedrungen. Danach scheint Hitlers Vorschlag sich etwa in der Richtung zu bewegen, der Reichspräsident möge mit ihm nach vollzogener Ernennung zum Reichskanzler ein Regierungs- und Wirtschaftsprogramm vereinbaren, das Hitler dann den Parteien bis zum Zentrum unterbreiten will. Sollten die

Vertical list of numbers and symbols on the left margin, likely a stock or index table.